

General-Anzeiger

für Bonn und Umgegend.

Nr. 11125.

Montag, 26. September 1921.

31. Jahrgang.

Des Kanzlers Stellung.

Der Kanzler Birtz hat das Vertrauen der Sozialdemokratie. Das zeigte sich deutlich bei dem Vorstoß Stresemanns. Aber Reichskanzler Birtz hat nicht nur dieses Vertrauen, er kann sogar seit Samstag die politisch-historisch immerhin bemerkenswerte Tatsache verzeichnen, daß der sozialdemokratische Parteitag ihm geradezu eine Ovation darbrachte. Wenn Birtz bei der Schlussansprache des Parteitagstages in der Sozialdemokratie gewesen wäre, hätten ihn seine begeisterten Freunde von links vielleicht gar auf die Schultern gehoben. Wels sagte unter Hinweis auf das Verhalten der Deutschen Volkspartei in der Frage der Regierungs-umwidmung, die Sozialdemokratie mache keinen Hehl daraus, daß der Reichskanzler Birtz für die sozialdemokratische Arbeiterschaft und darüber hinaus bis in die Kreise der linksradikalen der einzigen populäre bürgerliche Politiker sei, den es in Deutschland gebe. Die Arbeiterschaft werde es Birtz nicht verzeihen, daß er es war, der den Kampf gegen die Reaktion aufnahm und erklärte, wenn es die Reaktion zum Bürgerkrieg treibe, werde er den Kampf auf Seite der Arbeiter führen.

Wie sich die Zeiten ändern! Dieser Parteitag der Sozialdemokratie, der es ablehnte, diesen Kanzler zu besetzen, hat ein neues Parteiprogramm angenommen, das das berühmte Erfurter Programm eines Karl Kautsky ablöst, das in der Ära Bismarck erlief. Damals atmete die Sozialdemokratie befreit auf. Das Sozialistengesetz, durch das Bismarck die Partei knebeln wollte, sie aber durch dieses Ausnahmegesetz großgezogen hatte, war gefallen. Man gab sich das Erfurter Programm mit seiner Vereinfachungstheorie, das der alte Wilhelm Liebknecht mit großer Rührung aufnahm. Seit Bismarck, dem „reaktionären Junker“, hat sich die Partei in ihrer geistigen Entwicklung mehr und mehr nach rechts bewegt. Der „Vorwärts“ selbst erklärt, „man verlange von dem Götlicher Programm zu viel, wenn man fordere, daß es mit der Scheinwerferbeleuchtung des Reiches den Dünkel der großen Probleme durchleuchte, daß es den Arbeitern zeigen müsse, wie man aus den Verfallerscheinungen des Krieges und des verfallenen Friedens, aus Valutanol und Demoralisierung durch das Zaubermittel der Sozialisierung herauskomme. Außer Strohhalmen lehnten alle anderen Programmsachverständigen und Theoretiker der Partei diesen mechanistischen Sozialismus, diesen Wunderglauben an eine ziemlich rätselhafte Sozialisierung ab.“

Wohlgemerkt, das sagt der „Vorwärts“, den der einst Wilhelm Liebknecht im Geiste der marxistischen Orthodoxie geleitet hatte. Heute leitet Stamper das Blatt, der auch der geistige Vater des Götlicher Programms ist. „In der Politik gibt es keine Ewigkeitswerte“, wie der kurzfristige sozialistische Kanzler Hermann Müller in Götting sagte. Das zeigte der Wandel, der sich innerhalb zwanzig Jahren zwischen den Programmen von Götting und Erfurt vollzog. Vor zwanzig Jahren wäre es undenkbar gewesen, daß der Parteitag einem Manne des Zentrums so sein Vertrauen ausgesprochen hätte, wie das am Samstag Herr Birtz begegnete. Nun will es der Zufall, der ja auch in der Politik eine Rolle spielt, daß auch Kanzler Birtz gegen bestimmte Parteien im Wege einer Reichsordnung vorgeht, die von diesen als Ausnahmegefahr empfunden wird.

Wie damals unter dem Sozialistengesetz, das Bismarck vielleicht später selbst im stillen Kämmerlein als ein Mißgriff bewertete, entstehen auch jetzt wieder Geheimbünde, schließen sich auch jetzt wieder Gesinnungsgenossen in geheimen Organisationen zusammen, die glauben, daß nur ihre Aufhebung von Reich, Staat und Gesellschaft die einzige wahre und richtige sei. Sollte unser Kanzler Birtz die Geschichte des Sozialistengesetzes nicht etwas schrecken? Im freien öffentlichen politischen Kampf klären sich die Meinungen leichter, als unter dem Druck von Ausnahmebestimmungen. Das beweist am deutlichsten das Götlicher Programm, das ergibt sich klar aus der für die geistige Fortentwicklung der Sozialdemokratie zeugnende Stellung zu Kanzler Birtz, der bis in die Kreise der linksradikalen für sie als der einzige populäre bürgerliche Politiker gilt, obwohl Birtz aus den Reihen derselben Zentrums hervorging, dem aus früheren Parteitag und im Reichstage gar oft befehdigt wurde, daß Sozialdemokratie und Zentrum sich voneinander unterscheiden, wie Petroleum und Wasser.

Daß dem Kanzler Birtz durch das Götlicher Vertrauensvotum seine Stellung nach der Mitte und nach Rechts nicht erleichtert, daß es ihm die Politik der Mitte, für die auch Stegerwald erneut eintritt, und zwar, indem dieser erklärt, für Birtz kämpfen zu wollen, erschwert, ist leicht zu befürchten.

Wirtz ist der Kanzler der Erfüllung, ist der Unterzeichner des Ultimatums. Einen Kanzlerwechsel würde, wie Stegerwald in einer Zuschrift an die Köln. Volkszeitung, betont, Deutschland nicht ertragen können. Ebenso können wir uns aber auch innerpolitisch in Rücksicht auf die Stabilität unserer Finanz- und Steuerpolitik keinen häufigen Kanzlerwechsel mit seinem fortgesetzten Jid-Jad in den Zielen und Methoden erlauben.

Wirtz muß es deshalb ermöglicht werden, seine Erfüllungspolitik auf möglichst breiter Grundlage durchzuführen. Dazu hat ihm der neue bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, der mit ihm in Berlin verhandelte, vom bayerischen Standpunkt aus durch ein bestimmtes Entgegenkommen die Wege zu ebener gesucht. Nun gilt es auch für die Deutsche Volkspartei, die ja ihr Bestreben nach einem Kanzler ihres Geschmacks nicht erfüllt sieht, mit den Tatsachen sich abzufinden, wobei zu erwägen gilt, daß für die Koalitionspolitik der Mitte die Erfüllungspolitik Voraussetzung ist, für die sich Kanzler Birtz am 10. Mai ohne die Partei Stresemann eingefügt hat.

Das Jerrbild.

DBZ Paris, 24. Sept. Raymond Recuzy, Mit-herausgeber der Revue de Paris, veröffentlicht im Figaro eine Artikelreihe über eine von ihm unternommene Reise in Deutschland. In dem heutigen Artikel sagt er, den Franzosen erscheine alles, was in Deutschland demokratisch sei, als maskiert und dazu bestimmt, das französische Mißtrauen einzuschärfen, in der Erwartung einer solchen Wiederkehr der monarchistischen Wiederaufrichtung. Wenn man einen Teil des Bundes durchreife, wie er es getan habe, und sich Mühe gebe, aufmerksam um sich zu blicken und mit Beuten zu sprechen, dann habe man den Eindruck, daß das Bild von Deutschland, das man gemeinhin in Frankreich sich mache, nicht stimme. Die demokratische Entwicklung und ein Aufbruch links seien unzweifelhaft vorhanden. Das sei kein Betrug und keine Camouflage. Die Entwicklung stütze sich auf die starke Macht, die zweifelsohne der größte Teil des Volkes bilde, zuerst die Arbeitermassen in ihrer Gesamtheit, alsdann die kleinen Angestellten, die kleinen Beamten und die ganze kleine und mittlere Bourgeoisie. Die reaktionäre monarchistische Minderheit sei zweifelsohne sehr mächtig und betrüblich, aber sie trage manches Zeichen der Schwäche in sich.

Eine neue Note über die Schutzpolizei.

TU Berlin, 26. Sept. Von der Kontrollkommission der Entente ist der Reichsregierung eine Note überreicht worden, die sich gegen die angebliche militärische Form der Schutzpolizei wendet. Das Reichskabinett hat sich am Sonnabend unter Hinzuziehung von preußischen Dienststellen mit der Angelegenheit befaßt. Die Reichsregierung hofft, nicht auf dem Wege von Noten, sondern durch Vorstellungen im Wege der Verhandlungen den Standpunkt der Kontrollkommission ändern zu können. Man geht dabei von der Erwägung aus, daß die Note nicht allein rechtlich unbegründet, sondern auch völlig undurchführbar ist. Die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands hängt von der Ruhe und Ordnung des Landes ab. Bis an die Grenze der Möglichkeit sei jede Forderung der Entente in Bezug auf die Entwaffnung erfüllt worden, aber weiter könne man nicht gehen.

Die Devisenbeschaffung.

DB Berlin, 25. Sept. Im Hinblick auf die in der Presse enthaltenen irreführenden Meldungen in der Frage der Devisenbeschaffung wird uns von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß Industrie, Finanz, Handels- und Landwirtschaftskreise sich nicht aus eigener Initiative an den Reichskanzler gewandt haben, sondern daß der Reichskanzler selbst an diese Kreise herangetreten ist, um mit ihnen über die Möglichkeit der Devisenbeschaffung für das Reich zu beraten. An den vorbereitenden Beratungen, die bereits vor mehreren Wochen stattgefunden haben, waren die Berufsvertreter der deutschen Industrie beteiligt.

Der durchlöcherter Friedensvertrag.

Englische Kritik an der französischen Politik. London, 25. Sept. Nach dem Berichtstatter der A. Jg. führt der Observer halbamtlich aus, daß sowohl der deutsch-italienische Handelsvertrag wie die Wiesbadener Abmachungen Durchführungen des Friedensvertrages bedeuten, was für die englischen Interessen von höchster Bedeutung sei. England habe seit achtzehn Monaten auf die Preisgabe der ungeschützten und schädlichen Wiederherstellungspolitik gedrungen, aber bei Frankreich immer nur taube Ohren gefunden. England habe loyal von einem Sonderabkommen mit Deutschland Abstand genommen zum ersten Schaden seiner Interessen. Die tiefen Anstöße mögen klar sein, ob Frankreich das Währungsabkommen über die Entschädigung ausgeben wolle, was nur der Wiesbadener Politik entsprechen würde, oder ob es immer noch nach der Ruhe trachte. Frankreich müsse wählen und England nicht länger im Dunkeln lassen. Italien und Frankreich eigneten sich den deutschen Markt an; wo bleibe England?

Der Tod von Oppau.

Seine lebendig Verschütteten mehr. DZB Mannheim, 25. Sept. In Oppau traten gestern Gerüchte auf, wonach sich unter den Trümmern nach Lebende befinden sollten. Man wollte sogar wissen, daß Klopfzeichen zu hören seien. Ferner wurde gesagt, daß den Eingekerkerten durch Köhren Sauerstoff und Nahrungsmittel zugeführt würden. Da das Gerücht sich mit großer Hartnäckigkeit behauptete, sah sich die Mannheimer Feuerwehr zur Vorübernahme veranlaßt, den Gerüchten nachzugehen. Es stellte sich, der Neuen Badischen Landeszeitung zufolge, einwandfrei heraus, daß in Oppau sich keinesfalls noch Überlebende unter den Trümmern befinden. Diese Möglichkeit wird von der Fabrikleitung selbst auf das Bestimmteste in Abrede gestellt. Die Zahl der nichtentkommenen Leichen beträgt heute noch 75, die Zahl der von den Angehörigen als vermisse Gemeldeten liegt bei 69 auf 90.

Die Totenlisten.

DZB Mannheim, 25. Sept. Nach den bisher durch das Ludwigshafener Bürgermeisterrat veröffentlichten Listen sind 235 Tote gemeldet, die mit Namen einwandfrei festgestellt worden sind, und außerdem 75 Tote, die unerkannt dem Friedhof übergeben wurden. Seitens der Angehörigen wurden bis gestern abend 69 Personen als vermisse gemeldet. In den Krankenhäusern der Pfalz, Mannheim, Heidelberg usw., wurden 519 Verwundete aufgenommen.

Eine amerikanische Spende.

DZB Berlin, 26. Sept. Das Central Relief Committee in New York hat dem deutschen Roten Kreuz für die Opfer der Oppauer Katastrophe 500 Rufen mit Milch und Lebensmitteln im Werte von einer Million Mark und ferner 500 000 Mark in bar für die Pflege der Verletzten und die Nothilfe durch Funkpruch mit dem Auftrag überwiesen, die Spende gemeinsam mit dem Bürgermeister von Ludwigshafen zu verteilen.

Eine neue Gabe Tiaras.

DZB Koblenz, 25. Sept. Nach einer Haussammlung hat der französische Oberkommissar Tiarad angesichts des außerordentlichen Umfangs der Katastrophe von Oppau eine neue Summe von 77 000 Mark überwiesen, die den Hinterbliebenen der Opfer durch Vermittlung des Bezirksrates, der Bürgermeister der verwüsteten Ortschaften und der katholischen und protestantischen Geistlichkeit von Ludwigshafen zufließen soll.

Ebert in Oppau.

DZB Ludwigshafen, 26. Sept. Sonntag nachmittag wurde die Umzugsfeier in Oppau durch den Reichs-

präsidenten Ebert und den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Die beiden Herren empfingen im Wert eine Abordnung der Angestellten- und Arbeiterräte, denen sie die weitestgehende Hilfe von Reich, Staat und Gemeinden in Aussicht stellten. Durch die persönliche Besichtigung an Ort und Stelle fanden die beiden Herren die bisherigen Schilderungen über den Umfang der Zerstörungen und die Not der Bevölkerung mehr als bestätigt. Der Reichspräsident stattete den Verwundeten in den Ludwigshafener und Mannheimer Krankenhäusern einen Besuch ab.

Trauerfeier für die Opfer.

WTB Mannheim, 25. Sept. Unter Beteiligung großer Bevölkerungsmassen — etwa 70 000 Menschen aus Ludwigshafen, Mannheim und der Pfalz — und in Gegenwart des Reichspräsidenten, des bayerischen Ministerpräsidenten, des babilischen Staatspräsidenten, des Präsidenten des bayerischen Landtags und von Vertretern zahlreicher Behörden und Organisationen wurde heute auf dem Ludwigshafener Friedhof die Trauerfeier für die Opfer der Oppauer Katastrophe gehalten. Die französischen Militärbehörden waren durch General de Weh als Beauftragten der Rheinlandkommission und General Dangand als Beauftragten des Militärsekrethärs General De-goutte vertreten. Beide Generale brachten vor Beginn der eigentlichen Trauerfeier in Ansprachen an den Reichspräsidenten und den bayerischen Ministerpräsidenten in warmen Worten ihre Teilnahme zum Ausdruck und legten Kränze nieder. Der Reichspräsident erwiderte ihnen mit den Worten des Dankes; es berührte wohlthuend, daß am Grabe der Opfer dieser Katastrophe das menschliche Gefühl sich über die Landesgrenzen hinwegsetze. In gleicher Weise dankte der bayerische Ministerpräsident. Die Feier, die mit Musik und Gesang eingeleitet und geschlossen wurde, verlief würdig und eindrucksvoll.

Die Ursache der Explosionskatastrophe.

TU Ludwigshafen, 25. Sept. Bei der Trauerfeier in Oppau sprach im Namen der Direktion der Bayerischen Anilin- und Sodafabrik, Dr. Wolf, der Begründer der Oppauer Werke. Seine Worte verfolgten die Zuhörer mit besonderer Spannung. Er führte aus, daß er es für seine Pflicht halte, bei dieser Gelegenheit Mitteilungen über die Ursache der Katastrophe zu machen. Zunächst gab er eine kurze Schilderung von den mühevollen und gefährlichen Unternehmungen, die schon lange vor dem Kriege in der Sodafabrik ausgeführt worden sind. Die wirtschaftliche Not und die schlechte Ernährung, die der Krieg dem deutschen Volke brachte, haben unerträglich zum weiteren Ausbau dieser Industrie gezwungen. Man sei sich darüber klar geworden, daß diese Industrie Gefahr für die Arbeiterschaft birge, aber die Chemiker der Fabrik haben immer ihre Pflichten genauestens erfüllt, keine Vorkehrung außer acht gelassen und auch in vorliegendem Falle treffe die Direktion keine Schuld. Eine neue, unbekannte Naturkraft habe alle bisherigen Bemühungen zunichte gemacht, und mit Schrecken habe man erkennen müssen, daß der Stoff, der bestimmt war, die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen, sich plötzlich als grimmiger Feind erwies habe.

Gibt rasch und reichlich!

TU Berlin, 26. Sept. Der Reichspräsident, der Reichskanzler, der bayerische Ministerpräsident, der babilische Staatspräsident und der Präsident des Reichstages veröffentlichen einen gemeinsamen Aufruf zu Gunsten der Opfer in Oppau, der in die Bitte ausmündet: Gibt rasch und gibt reichlich für die Opfer des Oppauer Unglücks.

Höher gehts nimmer!

TU Paris, 25. Sept. Die „Action Francaise“ schreibt: Der Kanzler Dr. Birtz ist erstaunt darüber, daß das Mißtrauen Frankreichs weiter besteht. Es besteht in der Tat weiter. Die Explosion von Oppau hat es sogar verstärkt, denn man vermutet, daß es sich bei dem neuen Gas um etwas anderes als um eine harmlose Erfindung handelt.

Die Kalkwirtschaftsgeheißung im volkswirtschaftlichen Ausblick.

TU Berlin, 24. Sept. Gestern wurden im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages die gehaltenen Sachverständigen des Reichstages gehört. Der Vorsitzende des Reichstages, Geheimrat Kempner, schilderte zunächst die Situation der Kalkindustrie. Wegen der Verhältnisse in der Kriegszeit seien umfangreiche Wiederherstellungsarbeiten an den Werken notwendig geworden, wozu bei den jetzigen ungeheuren Preisen in die einzelnen Werke riesenmittel investiert werden müßten. Solch gewaltige Investitionen würden sich aber bei dem gegenwärtigen Rückgang des Absatzmarktes als unrentabel erweisen. Deshalb sei nunmehr im Gesetz eine großzügige Stilllegung von Schächten vorgesehen. Den augenblicklichen Abfall schätzte der Sachverständige auf 1200 Millionen Mark. Hierauf brachten die unabhängigen folgenden Antrag ein: Anstelle des vorläufigen Regierungsentwurfes wird eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Kalkwirtschaft vorgeschlagen. Die Produktion ist dabei nach rein gemeinwirtschaftlichen Grundätzen zu organisieren. Die Abfahrorganisation ist gemeinwirtschaftlich zu konstruieren. Abg. Hue (Esp.) äußerte ebenfalls gegenüber der Regierungsvorlage schwere Bedenken. Es müsse eine wirkliche gemeinwirtschaftliche Sanierung vorgenommen werden. In der Abstimmung über den Antrag der Unabhängigen wurde dieser mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt. In der anschließenden Debatte erklärte der Regierungsvorredner Auskult über das Eingriffsrecht des Reichswirtschaftsministeriums. U. a. stieß diesem das Recht zu, nach Anhörung des Reichstages die Kalkpreise herabzusetzen.

Aufgabe staatlichen Grubenbesitzes.

DB Berlin, 24. Sept. Die Frage der Umwandlung der staatlichen Steinkohlenwerke in Reddinghausen in eine Privatgesellschaftsform wird jetzt vom preussischen Handelsministerium bearbeitet. Der Handelsminister hat sich über die Wünsche der Bergarbeiter für den Fall der Umwandlung unterrichten lassen.

Einigung im Buchdruckergewerbe!

DZB Berlin, 25. Sept. Wie der Deutsche Buchdruckerverein mitteilt, fanden die unter dem Vorsitz von Dr. Bräun vom Reichsarbeitsministerium geführten Einigungsverhandlungen gestern nachmittags ihren Abschluß. Die Prinzipalentscheidung machte schließlich ein Angebot, für die höchste Klasse der Gehilfen ab 1. Oktober 355 Mk., ab 15. November 380 Mark mit entsprechenden Abfindungen für die Bedigen und für die niedrigeren Sozialzuschläge

zu zahlen. Dieser Vorschlag wurde von der Gehilfenschaft angenommen. Ueber die Einzelheiten der neuen Leuzungszulagen wird erst morgen vormittag weiter beraten werden.

Churchill über Irland und Washington.

DZB London, 25. Sept. Kolonialminister Winston Churchill sprach in Dunoon über Irland. Er erklärte, die Regierung sei durch De Valeras Ablehnung des Entschlusses, die Interessen des britischen Reiches und der Welt durch einen dauernden Frieden mit dem Irlande in hohem Maße gefährdet würden. Das britische Angebot sei edelmütig und offenerherzig, wenn es abgelehnt würde, würde die Regierung die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt auf ihrer Seite haben. Die Errichtung einer unabhängigen irischen Republik sei weit davon entfernt, den Frieden zu bringen, sie würde vielmehr zum Bürgerkrieg in Irland führen. Churchill sprach ferner über die gegenwärtige industrielle Lage und schrieb diese dem Zusammenbruch des internationalen Wirtschaftskreislaufes und der sozialistischen Propaganda zu. Er drückte die Hoffnung aus, daß die Washingtoner Abrüstungskonferenz sich zu einer Konferenz für die Festlegung eines normalen Wirtschaftskreislaufes entwickeln würde.

Unruhen in Belfast.

P Paris, 25. Sept. In Belfast ereignen sich fast jeden Tag neue Unruhen. In die katholische Kirche von St. Matthews wurden neun Schüsse abgefeuert. In der Samstag Nacht kam es zu einem schweren Zusammenstoß, bei dem es viele Verletzte gab. Am Sonntag wurde eine Bombe in das katholische Stadtviertel geworfen, wobei es wieder zu Zusammenstößen kam.

Ein neuer Balkanrieg.

P Paris, 26. Sept. Während die Völkerverbundversammlung noch immer ihre Beratungen abhält, donnern in Albanien bereits wieder die Kanonen. Griechenland und Serbien, die beiden Alliierten aus dem Balkankrieg, haben sich wieder zusammengefunden und nehmen das trotz der allgemeinen Mobilisierung fast wehrlos gewordene Land wieder unter zwei Feuer. Serbien begünstigt sich damit, einem albanischen Offizier ein Ultimatum von 24 Stunden Frist zu überreichen und überzumpelte darauf die bombardierten Grenzstädte. Dabei gehen die Serben wieder mit der gleichen Grausamkeit vor wie früher. Noch einfacher machten es die Griechen, die ohne weiteres den Bormarsch auf Argirocasti, ihr altes Ziel, aufnehmen. Für Italien wird die Frage sehr heikel, da eine Bedrohung Albanien auch die Frage von Balona automatisch wieder aufrollt. Die römische Presse ergreift sich in bitteren Ausfällen gegen den Völkerverbund und fragt, ob dieser neue Balkanrieg mit denen spiele, die seinen die Unabhängigkeit Albanien proklamiert hätten.

Zurückweisung des polnischen Ultimatums.

* Kopenhagen, 25. Sept. Die polnische Regierung hatte am 19. September der russischen Regierung ein Ultimatum zugestellt, in dem mit dem Abbruch der Beziehungen gedroht wurde, wenn Rußland nicht bis zum 10. Oktober die in dem Friedensvertrag übernommene Verpflichtung zur Zahlung der ersten Rate der Summe erfüllt hätte, die Rußland Polen schuldet. Andererseits hatte Rußland von Polen gefordert, baldigst dem Treiben der polnischen Banden ein Ende zu bereiten, die die Beförderung der Lebensmittel für die Hungergebiete an der Wolga unmöglich machten. Polen hatte diese Forderung abgewiesen. Die russische Regierung veröffentlicht jetzt eine von Litwinow unterzeichnete Erklärung, in der das polnische Ultimatum zurückgewiesen wird.

England macht nicht mit.

WTB Genf, 25. Sept. Der Sonderberichterstatter des Pariser Intransigent meldet, in der gestrigen Sitzung der Unterkommision für die Hilfsaktion für Rußland habe Fisher (England) erklärt, seine Regierung werde sich an einer finanziellen Hilfe nicht beteiligen. England habe vielmehr der Räteregierung mitgeteilt, sie solle ihre Gelder für Einkäufe von Lebensmitteln und nicht für Propagandazwecke verwenden.

Lezte Depeschen.

Frankösischer Preisrückenflug im Rheinland.

DB Frankfurt a. M., 25. Sept. Die Franzosen planen im besetzten Rheinland einen Preisrückflug für französische, englische, belgische und amerikanische Flieger und Maschinen, der in Wiesbaden beginnen, von dort über Mainz den Rhein abwärts bis Straßburg, von dort über die Pfalz und das Saargebiet nach Trier gehen soll, wo eine Zwischenlandung beim Dorf Euren vorgehen soll und dann über die Eifel und den Brückentopf Laufen in Wiesbaden wieder endigen soll. Der Flug soll bereits Mitte Oktober stattfinden.

Ein neuer französischer Protest.

TU Paris, 26. Sept. Wie das Journal de Debats mitteilt, hat die französische Regierung dem deutschen Außenminister eine energische Protestnote gegen den Boykott französischer Waren in Deutschland überreichen lassen.

Großfeuer bei Berlin.

DB Berlin, 26. Sept. Am Sonntag abend um 8 Uhr ist auf den Sägewerken der U. C. G. in Friedrichshagen bei Berlin ein Großfeuer ausgebrochen. Die einzelnen Gebäude stehen in hellen Flammen. Die freiwilligen Feuerwehren von Friedrichshagen, Adlershof, Köpenick usw. sind mit den Löscharbeiten beschäftigt. Es besteht jedoch keine Aussicht, etwas zu retten.

Eröffnung der Frankfurter Messe.

DB Frankfurt, 26. Sept. Gestern vormittag wurde unter Beteiligung des In- und Auslandes die fünfte Frankfurter Einheitsmesse eröffnet.

Ungarns Verzicht.

WTB Genf, 24. Sept. Die ungarische Abordnung hat heute das Gehalt Ungarns um Aufnahme in den Völkerverbund für die diesjährige Tagung zurückgezogen.

DZB Paris, 25. Sept. Wie der New York Herald aus New York meldet, wird von internationalen Bankiers die Auflegung einer Kreditschleife von 500 Millionen Dollars zu Zwecken der Kreditverleihung hauptsächlich für das europäische Festland beschleunigt.

[illegible]

